

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung üblich ist, durch geeignete Beeinflussung der Presse von Staats wegen das souveräne Volk „reif“ zu machen, damit es an der Wahlurne die „richtige“ Entscheidung treffe.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 87460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 249 B

BERLIN • Sonnabend, den 22. Oktober 1932

1 JAHRGANG

Entlarvte Pressefreiheit!

Demokraten und Diktatoren für Vernebelung der Wähler!

Hk. Der sogenannte Klepper-Ausschuß hat sich am Donnerstag vertagt. Wer die Verhandlungsberichte vollständig liest, wird feststellen, daß als sicheres Ergebnis der Verhandlungen nur eins übrig geblieben ist: neues Material zur Herausstellung der

Tatsache, daß es in einem demokratischen Staatswesen üblich ist, durch geeignete Beeinflussung der Presse von Staats wegen das souveräne Volk „reif“ zu machen, damit es an der Wahlurne die „richtige“ Entscheidung treffe.

Wir betonen von vornherein, daß diese Methode nicht nur von Demokraten, sondern auch von Diktatoren als zulässig anerkannt wird. Dies haben vor dem Klepper-Ausschuß bezeugt: für die Demokraten wohl am deutlichsten Otto Braun, für die Diktatoren: Papen.

Braun erklärte,

daß „er selbstverständlich die volle politische Verantwortung für die

Unterstützung der „Kölnischen Volkszeitung“

trage, die aus staats- und grenzpolitischen Gründen erfolgt sei. Auf die Frage, ob bei der Präsidentenwahl der Hindenburg-Ausschuß Staats- oder Preußenkassengelder erhalten habe, erklärte Braun nur: „Wenn ich etwas darüber wüßte, würde ich darüber keine Auskunft geben, und zwar aus staatspolitischen Gründen.“

Papen andererseits

erklärte (anlässlich einer Vernehmung über sein Aktionär-Verhältnis zur „Germania“): er könne grundsätzlich in der Förderung einer Zeitung mit Staatsmitteln nichts Unzulässiges sehen, wenn sie aus staatspolitischen Gründen erfolge, und wenn die Freiheit des Verlages und der Redaktion unangestastet bliebe.

Der Demokrat und der Diktator stimmen also darin überein, daß sie eine finanzielle Unterstützung von Zeitungen „aus staatspolitischen Gründen“ billigen. Beide stimmen ferner darin überein, daß sie in der Praxis derartige Unterstützungsaktionen verschleiern.

Was die Partei der Demokraten angeht, so ist dies bewiesen worden durch die Tatsachen, die der Klepper-Ausschuß z. B. über die Art der Finanzierung der „Kölnischen Volkszeitung“ festgestellt hat. Klepper sagt z. B. aus, daß zwischen ihm (als er noch nicht Finanzminister, sondern Präsident der sogenannten Preußenkasse war), dem damaligen Finanzminister Höpker Aschoff und dem Ministerpräsidenten Braun Einigkeit darüber bestanden habe, „daß man Aktien der „Kölnischen Volkszeitung“ auf den Staat übertragen sollte unter vorläufiger Einschaltung der Preußenkasse“. Derartige Geschäfte gehören sicher nicht zum Aufgabenkreis der zentralen Genossenschaftskasse, auch nicht zu den etablierten Geschäften der Preußenkasse; das hat auch Klepper nicht betritten. Er hat dazu gesagt, „daß solche Geschäfte, die nur mittelbar (!) mit den Zwecken der Preußenkasse zusammenhängen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollen, dann durchgeführt werden können, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschehe; es sei allgemein so, daß Regierungen, wenn sie der Presse in irgendeiner Form finanziell zu Hilfe kämen, dies streng vertraulich täten“. Wozu hier Instanzen „eingehalten“ werden, von denen niemand erwartet, daß sie Zeitungen „finanziell zu Hilfe kommen“, ist durchsichtig: man ist interessiert daran, auf etwaige Anfragen Dementis geben zu können etwa folgenden Wortlauts — und damit kommen wir wieder zu dem Verhalten der antidemokratischen Partei:

„Aus Mitteln des Reichswehrministeriums werden keinerlei Unterstützungen an Zeitungen bezahlt, auch nicht an die „Tägliche Rundschau“ und die „Berliner Börsen-Zeitung“. Auch eine Beteiligung an den letztgenannten Zeitungen liegt nicht vor, hat auch niemals vorgelegen.“

Zu dieser Erklärung sah sich das Reichswehrministerium veranlaßt durch eine Unterhaltung, die sich zwischen dem Kommunisten Rau und Herrn von Papen am Mittwoch im Klepper-Ausschuß abspielte und etwa folgenden Wortlaut hatte:

Der Kommunist Rau fragt Papen, ob die Beteiligung des Staates an Zeitungen unter seiner Regierung praktisch durchgeführt worden sei. Er führt die Gerüchte an, wonach das Reichswehrministerium Einfluß auf die „Tägliche

Rundschau“ und die „Berliner Börsen-Zeitung“ genommen habe.

Papen: Ich hatte keinerlei Veranlassung, diesen Gerüchten nachzugehen, da ich meiner Minister sicher bin. Außer den im Reichsetat speziell für diesen Zweck aufgeführten Mittel sind keinerlei Gelder des Reiches zur Pressebeeinflussung aufgewendet worden.

Vielleicht hören Sie aber noch den Reichswehrminister selber über diese Frage.

Rau: Ich glaube, der Ausschuß sollte dieser Anregung folgen. Mir ist bekannt geworden, daß ein Herr, dessen Name schwer zu behalten ist, Mouselwitsch oder so ähnlich, im Auftrage des Reichswehrministeriums zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung unterwegs ist.

Sowohl der Dialog. Leider wird diese Frage nicht vor den Wahlen geklärt werden. Der Ausschuß hat bereits beschlossen, dann Herrn von Schleicher zu vernehmen.

Was die „speziell“ oder nicht speziell zur Pressebeeinflussung dem Reich zur Verfügung stehenden Mittel angeht, so seien Papens Ausführungen durch folgende (nicht im Ausschuß, sondern von Kurt Heinig vorgebrachten) Daten aus dem Reichshaushaltsplan in der von Papen notverordneten Form ergänzt:

1. „Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande“ (Haushalt des Auswärtigen Amtes, Einzelplan IV, Kapitel 4, Titel 2) 50 000 M
2. „Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande“ (ebenda, Titel 1) 185 000 M
3. „Geheime Ausgaben“ (Auswärtiges Amt, Kapitel 4, Titel 5) 4 500 000 M
4. Dispositionsfonds des Reichskanzlers (Einzelplan III, Kapitel 1, Titel 32) 150 000 M
5. „Zur Verfügung des Reichswehrministers für besondere Zwecke“ (Einzelplan VIII, Kapitel 1, Titel 31) 1 000 000 M

Für die Veranschlagung der beiden unter 3 und 5 genannten fünfzehn Millionen

gibt es keinerlei Kontrolle;

sie kommen zweifellos auch für Pressezuwendungen in Betracht. Papen hatte vor dem Ausschuß trotzdem die Posten 1 und 4 (zusammen 200 000 Mark) als die einzigen für Presseunterstützungen in Frage kommenden bezeichnet.

Wir sind also keineswegs der Ansicht, daß die Partei Papen bei dieser Beweisaufnahme besser weggekommen ist, als die Partei Braun-Klepper.

Das wollen wir gegenüber aller deutschnationalen Demagogie über diesen Fall als wesentliches Ergebnis bereits der bisherigen Beweisaufnahme festhalten, obwohl die eigentliche Untersuchung des Falles der „Börsen-Zeitung“ erst noch erfolgen soll. Merkwürdig ist bei Papen auch noch die ausdrückliche Betonung der Bedingung für eine staatliche Subventionierung von Zeitungen: die Unabhängigkeit des Verlages und der Redaktion sollten unangestastet bleiben! Das wird seine Schwierigkeiten haben, wenn eine Zeitung Geld bekommt und ohne dieses Geld in derartigen Finanzschwierigkeiten sein würde, wie das von der „Kölnischen Volkszeitung“ ausführlich im Ausschuß zur Sprache kam. Zur Frage der Abhängigkeit oder Unabhängigkeit einer Zeitung von ihrem Finanzier hat Papen eine andere interessante Bemerkung gemacht: Er habe (vor seiner Kanzler-Zeit) Aktien der „Germania“ erworben,

„um einen konservativen Einschlag in der Politik der „Germania“ zum Ausdruck zu bringen.“

Das grundsätzlich Bedeutungsvolle und grundsätzlich Verwerfliche an den enthüllten Methoden ist dies: man beeinflusst in der Demokratie nicht nur die Meinung des Volkes von Staats wegen, sondern

man legt großen Wert darauf, daß daneben die Illusion einer unabhängigen Presse dem Volke erhalten bleibt.

Daß dies geschieht, und zwar von Demokraten und von Antidemokraten, das sollte den Anhängern der Demokratie die Augen darüber öffnen, wie es in solcher Demokratie mit der viel berufenen Achtung vor der Masse steht. Wir können aus den genannten Tatsachen nur die Konsequenz ziehen, daß die Regierungsmethoden einer Klassengesellschaft das Licht der Wahrheit nicht vertragen, mag nun demokratisch oder diktatorisch regiert werden.

AUS DEM INHALT:

Japa in Schwierigkeiten.
Vernebelung von Zeltstädten u. Gehirnen.
Kriegsvorbereitung und Hochschule.
Von der Streikfront.
Eine Steuer wird gesenkt. Warum?

Alle Wege führen zur Weltwirtschaftskonferenz!

Von W. Schovanols,

Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Endlich ist die Weltwirtschaftskonferenz für Anfang nächsten Jahres nach London einberufen worden. Obwohl ihre Abhaltung auf eine vom Völkerbund übernommene Forderung des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) zurückzuführen ist, gelang es den Gegnern von Genf, die Konferenz fern von Genf und außerhalb des Rahmens des Völkerbundes und des IAA stattfinden zu lassen. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt muß dieses Resultat der „hohen Diplomatie“ bedauern und aufs schärfste verurteilen!

Auf hohe Diplomatie ist es auch zurückzuführen, daß immer noch nicht feststeht, ob das IAA und mit ihm die internationale Arbeiterschaft auf der Londoner Konferenz überhaupt vertreten sein werden. Hingegen steht wohl fest, daß der Internationale Gewerkschaftsbund schon vor Monaten Richtlinien für die zu behandelnden Fragen aufzeichnete sowie auf das Fehlen eines Gesamtplanes und damit auf die ernste Gefährdung der ganzen Konferenz aufmerksam machte.

Was bei einer Umgehung Genfs herauskommt, hat sich mit aller Deutlichkeit in den letztvergangenen Tagen im Zusammenhang mit der geplanten Viermächte-Konferenz in der Abrüstungsfrage gezeigt:

Wiederaufleben der Geheimdiplomatie,

Beiseiteschiebung der kleinen Länder, denen es in den meisten Fällen mit der Abrüstung — sei sie militärisch oder wirtschaftlich — ungleich viel ernster ist als den Großmächten, allgemeine Erhöhung des gegenseitigen Mißtrauens, Förderung jener „Gleichgewichtspolitik“, die Europa immer wieder in Kriege stürzte.

Ist vielleicht die Vermeidung Genfs anzuraten, weil außerhalb des „schwerfälligen Völkerbundsapparates“ in direktem gegenseitigen Kontakt der Länder bessere „Teilresultate“ zu erzielen sind? Waren zum Beispiel die Konferenzen von Lausanne, Ottawa und Stresa besonders günstige Vorzeichen und Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz?

Im Gegenteil! Da auch heute noch — infolge der schon in Lausanne betriebenen Beiseiteschiebung von Völkerbund und IAA — keine festumrissene Tagesordnung und kein Gesamtplan für die Londoner Konferenz vorhanden sind, können die Bausteine, die diese außerhalb Genfs abgehaltenen Tagungen zur Londoner Konferenz zusammentragen, ihre Arbeit nur hindern. Von diesem Standpunkt aus muß man die Tatsache bewerten, daß die für die Vorbereitung der Londoner Konferenz eingesetzte Expertenkommission erst Ende dieses Monats zur Aufstellung eines definitiven Arbeitsplanes zusammentritt.

Alle Fäden laufen zur Weltwirtschaftskonferenz, und alle Hoffnungen sind auf sie gerichtet. Versagt die Londoner Konferenz, so liegen aber auch die Verantwortungen außerhalb Genfs, das heißt bei jenen, die die klaren und eindeutigen Rezepte Genfs vermeiden wollten, indem sie Genf als Tagungs-ort vermieden! Die Prophezeiung wird dann in Erfüllung gehen, die ein konservativer Delegierter einer konservativen Regierung auf der soeben abgehaltenen Völkerbundversammlung machte und die dahin lautet, daß bei einem Mißerfolg der Londoner Konferenz die Welt in ihrer Entwicklung um 50 Jahre zurückgeworfen wird!

Was bedeuten die außerhalb Genfs abgehaltenen Konfe-

renzen für die außerhalb Genfs anberaumte Weltwirtschaftskonferenz?

Die Lausanner Konferenz

hat sich neben der Reparationsfrage beiläufig auch mit der „Herbeiführung der notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befaßt, die die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen haben und verlängern könnten“. Sie hatte dabei außer finanzpolitischen Maßnahmen auch die Beseitigung der Einfuhrverbote und -einschränkungen, der Kontingentierung, „und anderer Handelshemmnisse“ im Auge. Damit setzte sie die Zollfrage in den Vordergrund, jene Zollfrage, die auf Grund von Einflüssen, die außerhalb Genfs wirksam wurden, von der Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz ausgeschlossen zu sein scheint.

Ottawa.

„Nach meiner Ansicht“, so sagte Henderson kürzlich in einem Interview, „ist die Aufgabe der künftigen Weltwirtschaftskonferenz durch den Verlauf der Dinge in Ottawa unendlich erschwert worden.“ Auf dem britischen Gewerkschaftskongress stellte der Vorsitzende Bromley ausdrücklich fest, daß „wie auch die Resultate der in Ottawa getroffenen Abmachungen ausfallen mögen, sie auf alle Fälle nur vorübergehend sein werden“. Flickarbeit! Die Währungsfrage blieb in Ottawa vollständig unberührt; die Konferenz unterstrich lediglich die Dringlichkeit einer internationalen Aktion zu Gunsten der Preisstabilisierung (die in erster Linie Anlaß zur Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz gab). Also: Alle Initiative der Weltwirtschaftskonferenz!

Stresa.

Die Konferenz in Stresa sollte außerhalb des Völkerbundes die Europakommission des Völkerbundes wieder offiziell zum Leben erwecken. Ihre Aufgabe war ebenso einfach wie deutlich. Sie sollte die landwirtschaftlichen Länder des nahen Ostens, die zum Teil vor dem Bankrott und überdies vor einer reichen Ernte stehen, deren Marktwert nur ein Drittel des Gesteigungspreises ist, retten. Sie stellte zu diesem Zweck sowie zu dem der allgemeinen Sanierung dieser Staaten einen Plan auf. Von den 21 Rednern, die nachher in der Europakommission dazu Stellung nahmen, haben nicht weniger als 15 Vorbehalte gemacht. Der Revalorisierungsfonds für landwirtschaftliche Produkte, der angeblich schon während der Stresa-Konferenz sofort in Kraft treten sollte, ist trotz seiner bescheidenen Ansätze (2 Schweizer Franken per Zentner Getreide!) heute noch ein ungelöstes Problem. Die finanzielle Kommission der Stresa-Konferenz hat, nachdem sie die Unmöglichkeit eines Programmes einsah, dessen Durchführung allen Teilnehmern hätte empfohlen werden können, nur allgemeine Prinzipien aufgestellt. Offiziell wurde festgestellt, daß Mittel- und Osteuropa nur gerettet werden können, wenn ganz Europa und die Welt gerettet wird: Alle Initiative der Weltwirtschaftskonferenz!

Studienkommission für öffentliche Arbeiten.

Dieses Komitee hat in seiner Sitzung vom 7. September die neuerdings eingegangenen ergänzenden und ergänzten Projekte geprüft, die wiederum ausschließlich von den finanziell schwachen Staaten des nahen Ostens kommen. Das Komitee hat darauf hingewiesen, daß es nur den technischen und wirtschaftlichen Wert der Arbeiten prüfte. Es sei deshalb zweckmäßig, die Pläne zur weiteren Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkonferenz, das heißt der Weltwirtschaftskonferenz zu unterbreiten!

Bei dieser nicht sehr schmeichelhaften Darstellung der Anstrengungen außerhalb Genfs wird man vielleicht einwenden, der

Völkerbund selber habe ja auch keine Resultate

zu verzeichnen. Richtig! Er ist jedoch leider nicht befugt und imstande, seine Beschlüsse und Erkenntnisse selber in die Tat umzusetzen, wenn sie von den Regierungen ignoriert werden. Hingegen hat er von allem Anfang an den richtigen Weg gewiesen; er hat jene handelspolitischen Strömungen, die die Welt immer tiefer ins Elend führen, konsequent ab-

„Würdiger“ Abschluß des Klepper-Ausschusses.

In einer den Absichten seiner Urheber entsprechenden Weise hat der Klepper-Ausschuß seine Tätigkeit einstweilen abgeschlossen: der Redakteur der Hugenbergschen „Landwirtschaftlichen Wochenschau“, Melzer, behauptete vor dem Ausschuss, Klepper habe versucht, ihn zu bestechen. Auf Einzelheiten einzugehen, lohnt sich nicht; denn auf Klärung kam es der nationalen Mehrheit des Ausschusses so wenig an, daß sie den selbstverständlichen Antrag der Sozialdemokraten, Klepper sofort herbeizurufen und Herrn Melzer gegenüberzustellen, ablehnte. So ist Klepper die Möglichkeit genommen, vor den Wahlen die Anschuldigung wirklich zu klären; er konnte nur in der Presse eine Gegenerklärung veröffentlichen.

Flug-Raketen.

F. D. Für nächsten Sonntag ist auf dem Tempelhofer Feld der Abschluß einer sogenannten Flug-Rakete geplant, die der Ingenieur Tilling aus Osnabrück konstruiert hat. Die Rakete ist in Osnabrück schon ausprobiert worden. Mit einer Pulverladung von 6½ kg fliegt sie etwa 800 m hoch, worauf sich automatisch zwei Klappen öffnen, so daß das Geschloß nach Art eines Flugzeugmodells im Gleitfluge zur Erde niedergeht. Ob bei dem Hochfliegen der Rakete noch Pulverladungen explodieren, oder ob die ganze Ladung sofort beim Abschluß verbraucht wird, ist aus den bisherigen Meldungen nicht zu ersehen. Wahrscheinlich ist das letzte der Fall. Haben diese Raketenabschüsse irgend eine wissenschaftliche oder praktische Bedeutung? Ja, das haben sie, wenn sie allerdings auch nur als sehr bescheidene Vorversuche zu bewerten sind. Sie dienen nämlich zum Ausprobieren einer neuen Antriebsart, die vielleicht einmal größere Bedeutung gewinnen wird, weil sie Flugzeuge für ihr Vorwärtsfliegen unabhängig macht von der Luft. Damit wären dann weitere Möglichkeiten eröffnet für Flugzeuge, die sich soweit von der Erde entfernen können, daß sie außerhalb der im Verhältnis zur Größe der Erde recht dünnen Luftschicht sich befinden. Aber wie gesagt, das ist noch recht ferne Zukunftsmusik. Was hat es aber mit diesem Raketenantrieb eigentlich auf sich? Jeder weiß, daß es bei Anfängern, die zum ersten Male eine Flinte in die Hand nehmen, vorkommt, daß sie beim Abschluß durch den Rückstoß hinfallen. Bei Ma-

gelehnt und sich allzeit gegen unfruchtbare Teillösungen, sei es auf währungspolitischem oder handelspolitischem Gebiet, ausgesprochen!

Wenn der Berichterstatter der Wirtschaftskommission auf der soeben abgehaltenen Völkerbundsversammlung zurückhaltender war, so im Hinblick auf die Weltwirtschaftskonferenz. Er hat — unter welchem Drucke? — sogar unterstrichen, „daß die Weltwirtschaftskonferenz keineswegs durch die Empfehlungen der Völkerbundsversammlung gebunden sei“.

Dies bedeutet: alle Initiative und alle Verantwortung der Weltwirtschaftskonferenz! Noch einmal ist festzustellen:

1. daß in London die wirklichen Machthaber der Staats- und Wirtschaftsführung zusammenkommen, um positive

Japan in Schwierigkeiten.

Die Aufstände in der Mandschurei.

H. M. Die Eroberung der Mandschurei wird Japan in Genf weit einfacher gemacht, als in der Mandschurei selber. Durch energisches Auftreten ist es Japan gelungen, dem Schiedsgericht des Völkerbundes durch das Einsetzen einer neuen Regierung und durch deren Anerkennung vorzugreifen und den Völkerbund zu veranlassen, mit der Diskussion über den Lytton-Bericht noch einige Wochen zu warten, um während dieser Zeit die japanische Herrschaft über die Mandschurei weiter zu festigen.

Auf die chinesischen Freischärler, die sich in der Mandschurei erhoben haben und sie den Japanern entreißen wollen, machen weder japanische Noten und Erklärungen, noch ein Ultimatum Eindruck. Und obwohl die Japaner Bombenflugzeuge, Giftgase, Tanks und Kanonen haben und gutausgerüstete Soldaten, obwohl in kurzen Abständen immer wieder berichtet wird, daß neue und noch bessere Truppen und Kriegswerkzeuge aus Japan nach der Mandschurei entsandt worden sind, gelingt es den Japanern nicht, den Aufstand in der Mandschurei niederzuschlagen. Das Gebiet an der russischen und mongolischen Grenze ist noch immer in Händen der Freischärler, Tsitsikar ist zu wiederholten Malen bombardiert worden und in Charbin sind die Japaner immer noch bedroht! Während oben noch aus Tokio gemeldet wurde, daß sich der chinesische General Su Pingh Wen demnächst ergeben würde, kommen gleich darauf entgegengesetzte Nachrichten: die Mongolei will den Aufständischen beistehen; mandschurische Truppen, deren Aufgabe es war, Tsitsikar gegen die Freischaren zu verteidigen, sind mit ihrem mandschurischen Oberkommando zu den Aufständischen übergetreten.

Es ist möglich, daß die Nachricht, Japan wolle entscheidende Punkte seiner Antwort auf den Lytton-Bericht revidieren, mit den Schwierigkeiten in der Mandschurei zusammenhängen.

Dänische Abrüstungspläne.

Das dänische Folketing nahm am Donnerstag in dritter Lesung den Abrüstungsplan an, nach dem das dänische Heer und die Flotte in ein Wachkorps und eine Küstenverteidigung umgewandelt werden sollen. Der Entwurf erhielt allerdings nur die schwache Mehrheit von 74 gegen 71 Stimmen und wird höchstwahrscheinlich im Landsting abgelehnt werden, da dort die Gegner dieses Plans, die Konservativen und die Mitglieder der Venstre-Partei, die Mehrheit haben. Im vorigen Jahr hat der Entwurf schon einmal das Schicksal gehabt, vom Folketing angenommen und vom Landsting abgelehnt zu werden.

12 Milliarden Budgetdefizit in Frankreich.

Die französische Regierung hat dem Finanzausschuß der Kammer am Donnerstags den Plan zur Deckung des Budgetdefizits vorgelegt. Das Defizit wird für das laufende Jahr 12 Milliarden Francs (2 Milliarden Mark) betragen. Der Finanzminister, Germain-Martin, erklärte, daß es im Jahr 1933 19 Milliarden Francs betragen würde, wenn das nächste Budget nicht ausgeglichen wäre. Genau so groß war der Budgetüberschuß noch vor etwa zwei Jahren, der dann vor allem durch die Politik von Tardieu in ein derartig großes Defizit verwandelt wurde.

Die Regierung schlägt zur Ausgleichung des Budgets folgende Maßnahmen vor: 1,4 Milliarden sollen durch eine Senkung der Beamtgehälter gespart werden, 4 Milliarden werden durch das im Juli angenommene Spargesetz und die Rentenkonversion gespart. Außerdem werden die Erbschaftsteuer, die Kaffeehaus- und Betriebsstoffsteuer und die Auto-

schinengewehren wird dieser Rückstoß sogar zum Antrieb eines Mechanismus benutzt, um die nächste Patrone in den Lauf zu bringen. Dieser Rückstoß, der durch die Explosion einer Patrone entsteht, kann auch zum Antrieb von Fahrzeugen benutzt werden. Versuche mit sogenannten Raketenautos werden schon seit einigen Jahren gemacht. Diese Autos haben keinen Motor, sondern hinten sind eine Anzahl Düsen angebracht, in die Sprengladungen eingebracht werden, die dann entzündet werden und durch ihren Rückstoß das Automobil vorwärts treiben. Hierbei sind verhältnismäßig hohe Geschwindigkeiten erzielt worden. Trotzdem werden Raketenautos für den praktischen Gebrauch nicht in Frage kommen, weil sich die Lärm- und Gasentwicklung nicht, wie bei dem Motor, unterbinden läßt. Für ein Raketenflugzeug läßt sich das schon eher denken, weil ja auch die gewöhnlichen Flugmaschinen Lärm genug machen. Der Raketenantrieb ist wie gesagt, unabhängig von der Luft, das heißt er wirkt auch im luftleeren Raum. Flugmaschinen mit Raketenantrieb können sich also auch aus der Atmosphäre herausheben. Tragflächen sind dann natürlich auch nicht mehr nötig, sie werden durch nach unten abgeschossene Raketen ersetzt. Aber eines, was auch ersetzt werden muß, wird besondere Schwierigkeiten machen: der Ersatz des Steuers durch Raketen. Bei der Flugmaschine, die sich in Luft bewegt, wird das Lenken durch mehr oder weniger schief gestellte Flächen bewirkt, die natürlich unwirksam werden, wenn die Luft fällt. Das Lenken beim Raumflugschiff muß deshalb auch durch Raketen bewirkt werden, die rings um das Schiff an-

und praktische Lösungen zur Ueberwindung der Weltkrise zu finden und durchzuführen;

2. daß diese verantwortlichen Führer über die dazu nötigen Machtvollkommenheiten und Mittel verfügen, um so mehr, als sie ihrem eigenen Wunsche gemäß in voller Freiheit, angeblich ungehemmt vom Genfer Apparat oder Völkerbundsempfehlungen, werden beschließen und handeln können.

Alle Ausflüchte sind erschöpft. Der Weg zu Entschlüssen ist frei. Sollte jedoch in London schließlich nur ein unentwirrbarer Knäuel von Problemen übrig bleiben, so wird die Welt wissen, wo die Ursachen und Verantwortungen zu suchen sind!

Die Interessen der Großmächte.

Den Vereinigten Staaten liegt nichts daran, die Mandschurei an China zurückzugeben; aber sie wollen nicht, daß Japan nun nach seinem geglückten Raubzug dessen Früchte genießt. Sie würden sich also damit zufrieden geben, wenn gemäß dem Bericht der Lytton-Kommission, einige japanische Kommissare in der Mandschurei durch amerikanische, englische und französische ersetzt werden, denn um mehr zu erreichen, wäre ein militärisches Einschreiten nötig. Allein wollen die Vereinigten Staaten dieses Risiko nicht wagen, und Frankreich und England sind zu einem solchen Schritt nicht ohne weiteres zu bewegen. Man hofft deshalb in den USA, daß Japan sich noch bereit erklären wird, den Lytton-Bericht als Verhandlungsbasis zu betrachten und so zu tun, als mache es Konzessionen, während es in Wirklichkeit durch die Annahme des Lytton-Berichts nicht allzu viel verlieren würde. Zu einem derartigen Schritt wird Japan vielleicht nicht nur wegen seiner Mißerfolge in der Mandschurei getrieben und auch nicht nur aus Angst vor einem gemeinsamen Schritt der Großmächte. Dazu kommt noch die Wirtschaftskrise und die Unzufriedenheit der japanischen Arbeiter- und Bauernschaft, vielleicht sogar der durch den chinesischen Boykott betroffenen Kapitalisten und der kriegsmüden Soldaten.

Daß Japan jetzt erklärt, auch die chinesische Provinz Jehol sollte der Mandschurei angegliedert werden, steht keineswegs im Widerspruch zu der Annahme, Japan würde den Lytton-Bericht wenigstens teilweise annehmen: es wird vielleicht gerade die Provinz Jehol als Entschädigung dafür verlangen, daß es in dem Gebiet der Mandschurei einen Teil des jetzt von ihm ausgeübten Einflusses aufgibt!

Eine Chance für Genf.

Es ist also möglich, daß der Völkerbund den Triumph erleben wird, daß bei den Verhandlungen über den Lytton-Bericht etwas herauskommt, und daß auch der Austritt Japans aus dem Völkerbund vermieden wird.

mobilbeförderungssteuer erhöht. Der Rest wird durch Vereinfachung der Steuererhebung und durch andere Budgetmaßnahmen gespart.

Die Internationale der Polizei aber ja keine Internationale Polizei.

In Rom tagte in dieser Woche die Internationale Polizeiliche Kommission, eine Gründung Dr. Schobers.

Das Hauptergebnis der Tagung war die Einrichtung einer internationalen polizeilichen Nachrichtenstelle. Die deutsch-nationale Telegraphen-Union berichtet dazu: „Hier wurde ein Versuch, diese Angelegenheit auf das politische Gebiet zu ziehen und die zu schaffende Nachrichtenstelle in die Nähe des Völkerbundes zu bringen, glücklich verhindert.“

Mit andern Worten: Man ist bereit, einander international im Kampf gegen die „Störenfriede“ im Innern der einzelnen Staaten zu unterstützen. Aber man lehnt mit nationalistischem Entsetzen den Verdacht ab, als habe man dabei die — in Wahrheit weit dringlichere — Aufgabe im Auge, auch für den äußeren Verkehr der Staaten unter einander polizeilichen Schutz und polizeiliche Regelungen einzurichten. Der internationale Verkehr der Staaten bedarf ebenso der gesetzlichen Regelung wie der Verkehr der Menschen in einem Staat. Solange diese Aufgabe nicht beachtet wird, werden selbst beim besten internationalen Zusammenarbeiten der Polizei keine international geordneten Verkehrsverhältnisse zustandekommen.

Die preussische Verwaltungsreform stand im preussischen Staatsrat zur Erörterung. Der Beschluß über den Teil der Brauchschon Verordnung, der die Befugnisse der Ober- und Regierungspräsidenten betrifft, ist zurückgestellt worden. Die übrigen Teile wurden fast alle „durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt“.

gebracht sein müssen und von denen immer einzelne mit genau doppelter Ladung abgeschossen werden müssen, je nachdem welche Richtung eingeschlagen werden soll. Dazu kommen noch eine ganze Reihe anderer Schwierigkeiten, deren Auseinandersetzung hier zu weit führen würde.

Katholische Zeitungen werden im Himmel gelesen.

Mitten im Anzeigenteil der katholischen „Münsterschen Zeitung“ finden sich zwischen einer Notiz der Firma Buschmann, die Trauer-Anzeigen, Totenzettel, Dank- und Besuchskarten offeriert, und einem Loblied der Drogerie Meyhöfener auf ihre Katzenfelle, die das idealste Mittel gegen Rhouma, Gicht und Gliederreissen seien, die folgenden, offenbar an den Himmel adressierten Annoncen:

„Dem hi. Herzen Jesu Dank für Hilfe in der Not!“

„Der lieben Gottesmutter Dank für Hilfe.“

Grammatik für Freidenker.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ entdeckten kürzlich folgendes Opfer eines Schnellberichts:

„Die Einweihung der neuen Glocken findet am zweiten Pfingsttag statt. Viele geistliche Herren haben ihr Erscheinen zugesagt. In der nächsten Woche sollen sie dann aufgehängt werden.“

Kriegsvorbereitung und Hochschule.

Dokumente zum Fall Gumbel.

Der Kampf der Nationalisten und Kriegstreiber gegen Professor Gumbel hatte im August dazu geführt, daß der Badische Kultusminister Baumgartner (Zentrum) Gumbel, während dieser in Amerika war, die Lehrberechtigung entzogen hat. Jetzt liegen die wichtigsten Dokumente zu diesem Fall von Sonderjustiz vor: der Wortlaut des Beschlusses des Badischen Kultusministers und eine Schrift Gumbels, die er von New York aus an das badische Staatsministerium gerichtet hat, um gegen die Entscheidung des Kultusministers Berufung einzulegen. Die beiden Dokumente sind für die beiden Parteien in diesem Konflikt so charakteristisch, daß wir ihre wichtigsten Teile im folgenden wörtlich wiedergeben. Sie sprechen für sich, und genügen wohl zur Begründung des Urteils „Sonderjustiz“; denn die Art, in der hier gegen Gumbel verfahren wird, gleicht der Praxis der meisten Sondergerichte gegen Arbeiter.

Aus der Schrift des Kultusministers.

„Die Feststellung des Tatbestandes ... bot im vorliegenden Falle gewisse Schwierigkeiten.“

Der Untersuchungsausschuß hat eine Reihe von Zeugen vernommen, jedoch nicht mit Sicherheit anzunehmen vermocht, daß die den Gegenstand der Untersuchung bildende Äußerung des Angeschuldigten durch eine der Zeugenaussagen vollinhaltlich richtig wiedergegeben werde. ... Wenn er gleichwohl die Überzeugung gewonnen hat, daß eine weitgehende Rekonstruktion des Sachverhalts ... möglich sei, so ergab sich dieses Urteil auf Grund sorgfältiger Abwägung der Aussagen der Be- und Entlastungszeugen. ... das Unterrichtsministerium ... die Beerdigung derjenigen Zeugen angeordnet hat, deren Aussage den Anspruch erhebt, eine wortgetreue Wiedergabe der zur Untersuchung stehenden Äußerung zu enthalten: Die Beerdigung ist ... vorgenommen worden mit dem Ergebnis, daß die zwei Zeugen — die Studierenden Doerr und Rösigger — eine Äußerung folgenden Wortlauts aus Professor Gumbels Mund gehört zu haben eidlich versicherten:

„Um es gleich vorwegzunehmen, das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige große Kohlrübe.“

Was zum Einschreiten Anlaß gegeben hat, ist nicht der Inhalt, sondern die Form der Äußerung. ... Heldentum und Opfertod im Kriege bilden für das vaterländische Empfinden einen geheiligten Bezirk.

denn sich niemand und vor allem nicht derjenige, der an verantwortungsvoller Stelle zur deutschen Jugend spricht, ohne ehrfurchtsvollen Ernst nähern soll.

Daß Gumbel es hieran hat fehlen lassen, bildet die Verfehlung des Angeschuldigten.

... eine in der Persönlichkeit des Angeschuldigten wurzelnde weitreichende Verständnislosigkeit gegenüber andersgerichteten Anschauungen und Interessen. Dieselbe Eigenart kommt auch darin zum Ausdruck, daß Professor Dr. Gumbel vor Beginn seines Vortrags eine Einzeldruckausgabe für den wegen Landesverrats rechtskräftig verurteilten C. v. Ossietzky in Umlauf setzen ließ.

In der von den Studierenden zu unterzeichnenden Erklärung war der Verurteilte als ein Mann von untadeliger Gesinnung bezeichnet. ... Offensichtlich hat sich ihm nicht die Frage aufgedrängt, ob nicht ein derartiges Eintreten für einen wegen Landesverrats Verurteilten die Studierenden zu der Auffassung verleiten könnte, daß ein akademischer Lehrer das Delikt des Landesverrats als solches nicht als ehrenrührig, die Grundlagen der staatlichen Ordnung gefährdende Verfehlung betrachte.

Die verletzte Wirkung der beanstandeten Äußerung ... ist nur (von uns gesperrt. Red.) verständlich auf dem

Hintergrund der im Jahre 1924 gefallenen Bemerkung vom „Feld der Unehre“.

... Es ist selbstverständlich, daß ... auch alle für den Angeschuldigten günstigen Möglichkeiten mitherangezogen werden müssen, namentlich die ... wissenschaftliche Qualifikation und seine Leistungen auf dem unvertrauten Lehrgebiet. Daneben mag auch die Überzeugungstreue und das die Gefahr nicht scheuende Eintreten des Angeschuldigten für das für recht Erkannte

sympathisch berühren. ... indes ... ist das Unterrichtsministerium ... der Auffassung, daß Professor Dr. Gumbel sich ... durch sein Verhalten der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erwiesen hat.“

Aus Gumbels Antwort.

„Die Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers geht davon aus, daß ich die inkriminierte Äußerung getan habe. Hierfür

gibt es nur einen Beweis, nämlich die Aussage der drei nationalsozialistischen Studenten, insbesondere Doerr. Diese widerspricht der Aussage aller anderen Zeugen in allen entscheidenden Punkten, und zwar derart, daß sogar Geheimrat Anschütz in seiner Vorlesung öffentlich hierauf zu sprechen gekommen ist.

Wenn einem nationalsozialistischen Studenten in einer Zeit, in der seine Parteifreunde beinahe täglich politische Morde begehen, in der mir die Fensterscheiben eingeschlagen werden, in der mein Zaun umgerissen wird, in der ich auf der Strafe täglich angepöbelt werde, nach dem Eindruck in einer vorwiegend nationalsozialistischen Versammlung geglaubt werden kann, daß sein Satz

„Wie das Verfahren auch aussehen mag, Gumbels Kopf wird rollen“

nur bildlich gemeint war, so darf auch den sehr viel weniger kühnen Aussagen aller nicht nationalsozialistischen Teilnehmer meiner Versammlung Glauben geschenkt werden.

Der Herr Unterrichtsminister ist, in dem er zwei nationalsozialistische Belastungszeugen und ausgerechnet nur sie vereidigt

hat, an der wichtigsten Erkenntnisquelle vorbeigegangen „Audiatur et altera pars“ (Auch die andere Seite soll gehört werden. Red.), nämlich diejenigen, welche in der Äußerung überhaupt nichts Auffälliges gehört haben, eben weil sie weder die Form noch den Inhalt hatte, welche die Nationalsozialisten behaupten. ... das, was ich wirklich gesagt habe, nichts mit der Interpretation zu tun hat, welche die Nationalsozialisten meiner Äußerung gegeben haben und welche das Gutachten des Untersuchungsausschusses zugrundelegt.

Hier liegt der zentrale Unterschied vom Fall des Jahres 1924, in dem ich wirklich eine Äußerung getan habe, welche Anstoß erregt hat und die zu bedauern ich Grund hatte.

Ich unterschreibe zu einer an den Herrn Reichspräsidenten gerichteten Bitte um Begnadigung für Carl von Ossietzky

gesammelt habe, in der dieser als Mann von untadeliger Gesinnung bezeichnet wurde. Was zunächst diese Charakterisierung betrifft, so ist es

die Eigentümlichkeit eines politischen Verbrechens, daß es aus untadeliger, ehrenhafter Gesinnung heraus begangen werden kann.

... Ich vermag es überhaupt nicht als Belastung zu empfinden, daß ich in einer politischen Versammlung Unterschriften zu einer Erklärung gesammelt habe, die von über 42 000 Deutschen, darunter vielen hervorragenden Politikern und in der Öffentlichkeit angesehenen Personen, auch von Professor Radbruch, unterschrieben worden ist.

Zum Schluß dieses Briefes gestatte ich mir eine politische Bemerkung:

Der Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist, wie der Herr Unterrichtsminister schreibt, die Form einer politischen Äußerung. Aber

die Ursache dieses Verfahrens ist nicht diese Form, sondern entgegengesetzt der Behauptung des Untersuchungsausschusses der Gesamthalt meiner politischen Überzeugung.

Wer bisher nicht dieser Meinung war, den muß die Tatsache, daß die Angriffe gegen mich von den Nationalsozialisten ausgegangen sind, und das Jubelgeschrei der nationalsozialistischen Presse über meine Entlassung überzeugen.

Die Nationalsozialisten haben mich verfolgt und mußten mich verfolgen, weil ich ihre politischen Morde aufgedeckt habe.

Zu diesen meinen Arbeiten stehe ich. Die Denkschrift des Reichsjustizministers und die Morde der letzten Zeit haben meine Behauptungen bestätigt. ...

Der jetzige Herr Unterrichtsminister hält meine Entfernung für eine politische Notwendigkeit:

wohl, wenn ich seinen Schritt interpretieren darf, um den Nationalsozialisten weniger Angriffsflächen zu bieten und hierdurch die Republik zu schützen. Wenn ich diesen Gedankengang als richtig annehmen könnte, hätte ich längst die Konsequenz gezogen und wäre freiwillig zurückgetreten. Denn ich bin mir bewußt, daß die Anhänger der Republik verpflichtet sind, ihr auch Opfer zu bringen. Aber dieses Argument ist falsch.

Durch meine Entfernung wird die Republik nicht gestützt,

wohl aber wird hierdurch die Stellung aller Republikaner an den Deutschen Hochschulen gefährdet. ...

Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um Gumbel, sondern um die von den Nationalsozialisten als „Gumbels“ Qualifizierten. Ich werde nicht der einzige Nachfolger der langen Reihe politischer Märtyrer aus Deutschen Universitäten sein,

die zum Teil ins Exil gehen mußten, der Reihe, die von Fichte und den Freiheitskämpfern von 1813, den Gebrüdern Grimm, von den Göttinger Sieben, den Kämpfern von 1848 bis zu Dühring und Aron reicht. Es ist noch in der Macht des Ministeriums, dies zu verhindern; daß das schreckliche Wort Fichtes sich bewahrheitet, daß

in einigen Jahren in Deutschland kein Mensch mehr, der dafür bekannt ist, in seinem Leben einen freien Gedanken gedacht zu haben, eine Ruhestätte finden wird.“

Nationalsozialistischer Einschüchterungsversuch mißlungen.

Bei einer Durchsuchung des Gauhauses der NSDAP in Hamburg war der Polizei mit Tränengasbomben Widerstand geleistet worden. Daraufhin verhaftete sie mehrere Nationalsozialisten, unter anderen auch einige Abgeordnete. Nach erprobter Methode versuchten die Nazis nun, die Polizei einzuschüchtern und so in künftigen Fällen zurückhaltender zu machen. Zuerst stellte die NS-Fraktion im Bürgerausschuß den Antrag, zu beschließen, daß das Vorgehen der Polizeibeamten eine Verletzung der Immunität von Abgeordneten und damit eine Verletzung der Verfassung darstelle. Als dieser Beschluß abgelehnt wurde, stellten die verhafteten Abgeordneten gegen einige der Beamten Strafantrag wegen Freiheitsberaubung. Da die Staatsanwaltschaft dieses Verfahren aber bald einstellte, erhoben die Antragsteller Beschwerde beim Generalstaatsanwalt und verlangten gerichtliche Entscheidung. Auch dieser Antrag ist jetzt vom hanseatischen Oberlandesgericht als unbegründet zurückgewiesen worden. Im Freistaat Hamburg hatten die Nazis also weniger Glück mit ihren Einschüchterungsversuchen gegen die Polizei als im Freistaat Preußen — wir erinnern z. B. an den Dortmunder Prozeß — und in anderen Ländern.

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (9)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Die eisengeschnitzte Tür mit Schlägel und Eisen ist der Zugang zu einem halbdunklen Flur, von dessen Wänden der Verputz zum größten Teil abgefallen ist und das Mauerwerk in seiner schamlosen Nacktheit sehen läßt. In der linken Wand ist eine schmale Luke, durch die das Essen veräußert wird. Sie gewährt Einblick in eine Küche mit zementierten Fußboden und feuchten, ölgestrichenen Wänden. Das Hauptinventarstück ist ein mächtiger Dampfkochkessel, dem jeden Tag andere Gerüche entströmen. Mal riecht es nach Erbsensuppe, dann nach dicken Bohnen, nach Sauerkraut, nach Kappes, nach Linsen, und Sonntags nach Rindfleisch und Nudeln. Hinter der Küche führt eine halbbrecherische, hölzerne Wendeltreppe in die oberen Stockwerke, hier sieht man an den Wänden die Spuren von verschlabbtem Essen und Resten, die ein alkoholgetränkter Magen nicht bei sich behalten konnte. Auf die dämmrigen Korridore münden zu beiden Seiten Türen mit schwarzen Nummern. Hinter ihnen hausen in Zimmern, die mit wirklichen Zimmern eben nur den Namen gemeinsam haben, die Menagebrüder. Vier Betten in jedem, zwei und zwei übereinander. Einfache Gestelle aus Eisen, mit Drahtmatratze, Strohsack, zwei Decken in karierten Bezügen und einem Kopfkissen, dessen Inhalt nicht aus Daunen, sondern aus Heu besteht. Vier schmale, nach oben hin abgeschragte Eisenstühle sind zur Aufnahme der wenigen Habseligkeiten bestimmt, vier hölzerne Schemel und ein breiter Tisch vervollständigen die Einrichtung. Unter dem Fenster führen dicke Röhre her, deren Dampfinhalt zur kalten Jahreszeit das Zimmer wärmen soll.

Um wenigstens eine kleine freundliche Note in die schmucklosen Buden zu bringen, haben ihre Bewohner die

Wände mit Bildern tapeziert, meist schöne Frauen darstellend, nackt, mit schlanken Schenkeln, prallen Brüsten, in Badeanzug oder Hemdhülsen, in Schwarzdruck, Kupfertiefdruck und in grellbunten Farben koloriert. Oft sind es aber auch Photographien, sogenannte Pariser Serien, die den Liebesakt in allen möglichen Variationen darstellen. In drei Zimmern der oberen Etage wird man solch sündige Sachen allerdings nicht finden. Dort hausen 12 Ostpreußen, mit dem Spitznamen „die heiligen 12 Apostel“ belegt, weil sie einer apostolischen Sekte angehören. Ihre Wände sind mit frommen Bildern und Sprüchen geschmückt, und über den Türen hängen Holztafeln, darauf in Brandmalerei die Weisheiten verkündend: „Bete und arbeite! An Gottes Segen ist alles gelegen! Wer an mich glaubt, der lebet ewiglich!“

Sture Jungens sind diese 12 Apostel, mit unheimlich großen Händen, breiten Gesichtern und grobknochigen Figuren. Ihre Namen sind meist nicht schön: Adomeit, Kalleweit, Mikuleit, Kadereit, Willuweit, Podzuweit u. s. w., und man nennt sie auch „die Masurenköpfe“. Trotz ihres ruhigen, frommen Wesens sind sie bei den übrigen Kumpels nicht sehr beliebt. Sie sind Wähler, die sich die Seele aus dem Leibe schuften und durch ihre Arbeitsleistung auch unbewußt die andern Kumpels antreiben. Sie sind Klugscheißer, die dem Steiger alles anbringen, was die Kumpels über die Beamten im allgemeinen und ihn im besonderen sagen. Sie sind Streikbrecher, die sich an den Gesetzen der Solidarität und des Klassenbewußtseins nicht stören, ihr eigenes Ich vor die Interessen der Allgemeinheit setzen, nur Gott, die Zechenbeamten und die Polizei als Obrigkeit ansehen, deren Anordnungen sie blindlings Folge leisten. Es sind noch ungefähr dreißig andere Ostpreußen in der Menage. Sie wollen aber mit den 12 Aposteln nichts gemein haben, helfen an Lohntagen, wenn durch Schnaps und Bier die Stimmung aufs höchste gestiegen und das Blut in Wallung geraten ist, auf ihre Landsleute eindreschen. Dann krachen Türen, zersplittern Flaschen und Fensterscheiben, werden Stuhlbeine geschwungen und Messer gezückt. Dann hört man das Rennen der übrigen Menagebrüder, die Baßstimme des Menageverwalters, das Bellen seines Hundes. Der grobschlichtige Bayer Martin Brückner, der dieses Amt ver-

sieht, sucht mit seinen Fäusten und Schuhen die Kämpfenden auseinander zu bringen und den Streit zu schlichten. Und geling ihm dies nicht, bekommt er auch selber Hiebe ab, dann geht er zur Treppe zurück, hält die Hände trichterförmig an den Mund und ruft nach unten: „Jetteco (damit ist seine Frau, eine griesgrämige Alte von beträchtlichem Leibesumfang, gemeint), hol die Polizei!“ Es dauert dann auch nicht lange, und blauberockte, tschakogeschmückte Männer stürmen, gummiknüppelschwingend die Treppen hinauf, prügeln auf den Knäuel ineinander verkrampfter Streitähne, nehmen einige der Ungebärdigsten zur Wache mit. Eine Stunde später herrscht holder Friede und süße Eintracht im Bullenkloster, deckt die Nacht, und die Dunkelheit allen Haß und alle Kampfbegierde zu. Bis zum nächsten Lohntag; dann geht die Klopperlei von neuem los. Trotz alledem räumen die 12 Apostel das Feld nicht. Sie hätten schon längst in gute Kosthäuser ziehen können, aber sie tun es nicht. Einesteils aus einem gewissen Beharrungsvermögen und Trotz heraus, anderenteils aber wissen sie ganz genau, daß sie hier billig loben, denn sie sind ja sehr anspruchslos, und daß ihre Einigkeit hier ungebrochen ist.

Und die anderen 150 Mann, die das Ledigenheim bevölkern?

Alle Nationen sind darin vertreten, aus allen Teilen des Deutschen Reiches sind sie zusammengeströmt in dem Hexenkessel Ruhrgebiet, um hier Arbeit, Brot und vielleicht auch etwas Glück zu finden. Arbeit haben sie genug, harte, schwere, meist ungewohnte. Brot haben sie auch, aber zu oft schmeckt es nach Schweiß und Kohlenstaub, quillt es im Munde, weil es unter Qualen und Mühsalen verdient ist. Und Glück? Manch einer findet sein Glück im Schnaps, in der Bewußtlosigkeit, die ein nicht billiger Rausch erzeugt. Und dann ist er glücklich, vergißt alles, was ihn bedrückt, was ihn ängstigt, was ihm in der Kehle und auf der Brust sitzt, braucht nicht mehr zu denken. Das ist es ja, nicht mehr denken zu brauchen, sich in die Illusion einwiegen, daß das Leben ein schönes ist, weil man im Moment die schlichten Selten nicht sieht. Andere finden es wieder in den Frauen und Mädchen, die sie begehren und die teils auch ihr Begehren stillen. (Fortsetzung folgt.)

Gefahr bei Gelegenheitskäufen: Anklage wegen Hehlererei.

Heute ist es nicht selten, daß jemand wertvolle Besitztücke zu verhältnismäßig niedrigen Preisen verkauft, weil er schnell Geld braucht und ihm mit dem wenigen Bargeld mehr geholfen ist, als wenn er den „Sachwert“ behalten würde.

So angenehm es für manchen sein mag, bei solchen Gelegenheiten sich etwas erwerben zu können, an dessen Anschaffung zu normalen Preisen er nicht denken könnte, so wichtig ist es, sich jeweils nach der Herkunft solcher Gegenstände zu erkundigen und danach, ob sie tatsächlich bezahltes Eigentum des Verkäufers sind. Denn sonst ist der Käufer später haftbar für das, was sein Lieferant auf den fraglichen Gegenstand schuldig geblieben ist, wenn er nicht gar der Hehlerer beschuldigt wird.

Vor einem Berliner Gericht stand in diesen Tagen eine schon ergraute Frau, die — ausgerechnet von einem „Rechts“-beistand — zwei noch ziemlich neue Schreibmaschinen, die der Lieferfirma noch nicht bezahlt worden waren, für je 130 Mark gekauft hat. Der Herr Rechtsbeistand hatte die beiden Maschinen offenbar nur erworben, um sich aus einer Geldklemme zu helfen, sie also sofort weiterzuverkaufen. Der außerordentlich niedrige Preis, so meinte der Staatsanwalt, hätte die Angeklagte stutzig und darauf aufmerksam machen müssen, daß die Maschinen nicht auf rechtmäßige Weise erworben sein können.

Trotz ihrer Betuerungen, daß sie an die Rechtmäßigkeit des Kaufes geglaubt habe — was übrigens bei einem Preise von immerhin 130 Mark für eine Schreibmaschine auch nicht unwahrscheinlich klingt —, verurteilte das Gericht die Angeklagte wegen Hehlererei zu einer Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Die Strafe traf diese Frau noch besonders hart, weil ihr von einer früheren Zuchthausstrafe ein Teil gegen Bewährungsfrist erlassen worden war. Durch die jetzt zugewiesene Strafe ist die Bewährungsfrist hinfällig, so daß sie nun auch noch den Rest der Zuchthausstrafe verbüßen muß. — Pit.

Kriegshetzer gegen die Sowjet-Union.

Der Perser Abdul Ali Khan Afescha und der staatenlose Georg Jelagin hatten an verschiedene sowjetgenossische Diplomaten in Berlin gefälschte Dokumente verkauft, die angebliche Kriegspläne der Sowjet-Union enthielten und somit Stimmung für einen Interventionskrieg mit der UdSSR machten. Das Berliner Landgericht, vor dessen Strafkammer die Angelegenheit zur Verhandlung kam, verurteilte den Perser Afescha wegen Betrugs zu zwei Wochen Gefängnis, der andere Angeklagte wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Kraftvoller Kampf gegen Unternehmer-Schikanen.

E. K. Bei dem Hamburg-Altonaer Eisenwerk Menck & Hambrock wird bekanntlich seit dem 19. August gestreikt. Nachdem es der Firma gelungen war, Stahlhelmer aus der Umgegend Hamburgs als Streikbrecher zu bekommen, hat sie nun weitere Streikbrecher von auswärts angeworben. Diese werden von ihrem Treffpunkt aus mit Lastautos in den Betrieb geschafft, wo sie von den Streikenden und Sympathisierenden mit Verachtungstrüben empfangen werden. Es ist eine Freude zu sehen, wie Genossen der Eisernen Front und der Antifaschistischen Aktion gemeinsam gegen die Streikbrecher vorgehen. Als Anfang dieser Woche wieder ein Auto mit 30 Mann in den Betrieb hineinfahren wollte, wurde es mit Steinen und Ascheimern derartig demoliert, daß die Streikbrecher zu Fuß weiter gehen mußten. Der Polizei gelingt es nur mit Mühe und Not, die Streikbrecher sicher in den Betrieb zu bringen.

Unlängst machten Menck & Hambrock einen Versuch, das Arbeitsamt Hamburg vor ihren Karren zu spannen. Die Dienststelle E des Arbeitsamts versandte, zum Teil durch Boten, an eine Reihe von Spezialarbeitern Vermittlungskarten. Diese Karten enthielten den schönen Vermerk:

„Treffen am 17. Oktober 1932, 6.30 Uhr, beim Schauspielhaus.“

Das Arbeitsamt mußte diese Aktion allerdings aufgeben, weil sie auf den Widerstand der Arbeiter stieß, die nicht gewillt waren, zwecks Arbeitsaufnahme bei M. & H. an einem „Stahlhelmtreffen“ beim Hamburger Schauspielhaus teilzunehmen. Die erste Mitteilung wurde deswegen vom Arbeitsamt zurückgenommen mit dem Bemerkten, daß über die Einstellung in den nächsten Tagen weiterer Bescheid ergehe. Dieser weitere Bescheid bestand in einem Schreiben der Firma M. & H. folgenden Inhalts:

„Auf Grund des Ihnen vom Arbeitsamt zugegangenen Vermittlungsscheines ersuchen wir Sie, sich Montag,

Bergwerkskatastrophen.

Die saarländischen Kohlengruben haben ihre Förderung gesteigert — gleichzeitig damit ist offenbar die Gefahr für die Bergarbeiter erheblich gestiegen. In diesen Tagen sind in drei Gruben im ganzen vier schwere Unglücksfälle durch das Einstürzen von Stein- und Kohlenmassen vorgekommen. Dabei fanden zwei Arbeiter den Tod, sechs andere wurden schwer verletzt.

Sechs Tote bei dem Unglück auf Zeche „Sofia-Jacoba“.

Von den schwer verletzten Bergarbeitern ist nur noch einer am Leben, aber auch dieser schwab in Lebensgefahr. Damit beträgt die Zahl der Opfer der Schlagwetterkatastrophe sechs Tote.

Der amtliche Bericht des Oberbergamts nimmt als Ursache der Entzündung der Grubengase eine schadhafte Benzin-Sicherheitslampe an. Die fragliche Lampe soll noch genauer untersucht werden.

Einsturz eines Speichers.

Am Donnerstag nachmittag stürzte der Dachboden eines Futtermittelspeichers der Kühlhaus A.-G. in St. Margarethen an der österreichisch-schweizerischen Grenze infolge Ueberlastung zusammen und begrub eine Anzahl der im Kühlhaus Arbeitenden. Bisher wurden 10 Tote festgestellt, vier männliche Angestellte und sechs Frauen und Mädchen, 19 Verletzte, darunter verschiedene Schwerverletzte.

Von der Streikfront.

Ein Streikerfolg.

Vor einigen Tagen wurde der Streik in der Bergedorfer Metallwarenfabrik Meyer & Niß siegreich beendet. Bemerkenswerter Weise war der Streik von den Gewerkschaften veranlaßt worden, zunächst sogar gegen den Willen eines Teils der Belegschaft.

Einmal eine Niederlage?

Auf dem Kabelwerk Duisburg ist der Streik zusammengebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Ueber die Gründe dieses unerwarteten Rückzugs liegen noch keine genaueren Nachrichten vor.

Dagegen neue Streiks.

Streik in der Papierfabrik Sacrau in Schlesien. Die Direktion hatte in beschränktem Umfang neue Arbeiter eingestellt und wollte nun gemäß der Papenschen Notverordnung die Löhne für die 31. bis 40. Wochenstunde kürzen, jedoch „entgegenkommender Weise nur“ um 10 statt um 20 Prozent. Die Belegschaft von 665 Mann protestierte gegen den Lohnraub und trat in den Streik.

Streik bei der Textilfirma Methner & Frahn in Landshut gegen einen zwanzigprozentigen Lohnabbau. Die Belegschaft hat bereits Ende September einen Lohnraub durch Streik verhindert.

In Elbing in Ostpreußen wird ebenfalls gestreikt von den Steinsetzern der Firmen Wandt und Weidemann, Baustelle Neukirchshöhe, und Gaidies, Baustelle Weingarten. Es ist damit zu rechnen, daß sich diesem Lohnstreik noch weitere Baustellen anschließen werden.

Bei Steffens & Nölle in Berlin wird weitergestreikt.

Die Betriebsleitung hat mit den Streikenden Verhandlungen aufgenommen, da sie in einer schwierigen Lage ist und die vorliegenden Aufträge nicht ausführen kann. Die Streikenden forderten Weiterzahlung der alten Löhne, keine Vornahme von Maßregelungen, Entlassung aller Streikbrecher und der während des Streiks Angestellten, sowie Aufrechterhaltung der alten Arbeitsverhältnisse und der alten Arbeitsplätze. Die Direktion nahm die zweite und vierte Forderung an und war zu Lohnzugeständnissen bereit. Da jedoch auch die neuen Löhne für manchen Arbeiter noch untragbar erscheinen, wurde beschlossen, weiter zu streiken.

Solidaritätsaktion.

Die bestreikte Firma Steffens & Nölle hatte bei der Eisenkonstruktionsfirma Hein & Lehmann in Reinickendorf Streikbrucharbeit in Auftrag gegeben. In einer gut besuchten Belegschaftsversammlung von Hein & Lehmann wurde einstimmig beschlossen, jede Streikbrucharbeit zu verweigern und die Arbeit niederzuliegen, falls der Auftrag nicht zurückgegeben würde. In der gleichen Versammlung wurde auch eine Geldsammlung für die streikenden Kollegen bei Steffens & Nölle durchgeführt.

Streik in Bergedorf bei Hamburg. In der Stuhlrohrfabrik Rümker & Uhd streikt auf Veranlassung der Gewerkschaften (FAV) die Belegschaft seit dem 11. Oktober gegen einen sechsprozentigen Lohnabbau.

Selbst im Arbeitsdienst wird gestreikt!

In einem der größten bayerischen Arbeitsdienstlager, in Frankenthal, hat am 18. Oktober der größte Teil der Arbeitsfreiwilligen, nämlich 135 von 165 Beschäftigten, die Arbeit niedergelegt zum Protest gegen die Herabsetzung der Bar-entlohnung. Das ist ein Kapitel für sich: die Arbeitsdienstfreiwilligen werden erst unter bestimmten, ihnen annochbar erscheinenden Bedingungen eingestellt, und nachher werden selbstherrlich diese Bedingungen von der Betriebsleitung verschlechtert. Nach dem Eintritt in das Lager ist aber der Kampf gegen erhöhte Ausbeutung viel schwieriger, besonders wenn die jungen Arbeiter im FAD einzeln unter vielen nationalistischen Freiwilligen stecken, die zu Streikbruch leichter bereit sind. Schon aus diesem Grunde sollte jeder Jungarbeiter dem FAD gegenüber größte Vorsicht walten lassen!

Wieder ein Landarbeiterstreik!

Am Montag brach auf dem Gut Stresen des Gutsbesitzers Stosch bei Stargard in Pommern ein Streik der Rübenarbeiter aus.

Auch die polnischen Saisonarbeiter üben Solidarität mit ihren deutschen Genossen und beteiligen sich an dem Streik! Der Gutsbesitzer zahlte bisher für einen Morgen Rüben 14 Mark, die Arbeiter verlangen 18 Mark für den Morgen und einwandfreies Mittagessen.

Terror des Gutsbesitzers.

Der Gutsbesitzer Stosch versucht durch Gewaltmaßnahmen den Landarbeitern seine Bedingungen zu diktieren. So wurde ein Teil der Arbeiter mit Frau und Kind aus den Gutswohnungen exmittiert, wobei die Polizei und Gendarmerie mit dem Gummiknüppel Helfersdienste leistete. Ein Teil der Arbeiter wurde durch diesen Terror zum vorläufigen Nachgeben gezwungen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hann. Münden: Sonnabend, den 22. Oktober, 20.45 Uhr, im Saale des Volkshauses, Langestraße. Thema: Der Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel. Redner: Karl Eckerlin (Kassel). Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Mainz: Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Gasthaus Hörlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Klassenjustiz und neue Wege proletarischen Kampfes. Redner: H. Lehnert (Kassel).

München: Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstr. 67. Thema: Die politische Enteignung des Volkes. — Demokratie und Führerschaft.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

17. Oktober, 6.30 Uhr, vor dem Eingang des Schauspielhauses, Hamburg, Kirchenallee, einzufinden. Dort wartet Transportauto.

Menck & Hambrock G.m.b.H.“

Auch diese Schreiben konnte die Empfänger nicht veranlassen, an dem „Stahlhelmtreffen“ teilzunehmen.

Abgesehen von dieser Aktion haben M. & H. fortgesetzt durch Ingenieurbüros, die als Deckfirmen auftreten, versucht, Arbeiten bei anderen Firmen unterzubringen. Nachdem der Erfolg in Hamburger Betrieben gleich Null geblieben ist, versucht es die Firma nunmehr mit den kleineren Industrieorten in der Umgebung Hamburgs.

Seit acht Wochen stehen die 150 Metallarbeiter von Menck & Hambrock nun schon im Streik, ohne daß ihre Kraft nachgelassen hat. Wenn sie weiter so aushalten, werden sie die Firma trotz aller Streikbrechermethoden müde machen.

Ersklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge
Damen-Mäntel
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr.
10, III.

Stoffmuster
vorrätig

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a.M.-Riederwald
Engelsplatz 12.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung

J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde
und Leser des
„Funken“!

**Unterstützt
Eure
Zeitung!**

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!



Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der

Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.

Friskost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987

21.—24. Oktober:
Mary Dressler und Wallace Feery in
Min und Bill (Die fremde Mutter)

Presse: Mary Dressler ist die berühmteste Charakterdarstellerin Amerikas. Min und Bill, ein Film, dem vielumstrittenen, außergewöhnlichen „Gier nach Geld“ von Stroheim gleichzustellen.
Beiprogramm: Stan und Laury (Dick und Dot), in Freiheit dressiert. Fox töncende Wochenschauspiel.

Für den Befreiungskampf des Proletariats

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin 31342.

Schafft Einheit gegen den Krieg!

M. H. Unter diesem Motto stand die öffentliche Kundgebung des ISK gegen Krieg und Faschismus, die am Mittwoch in Eisenach stattgefunden hat. In einigen Szenen nach dem Buch von Remarque: „Im Westen nichts Neues“ erstand zunächst vor den Zuhörern das Bild des Weltkrieges: die deutsche Schuljugend, die sich — von ihren Lehrern zu nationalistischer Begeisterung aufgestachelt —, freiwillig meldet und von den Segnungen des Komiß und den Schikanen eines Himmelstoß bereits ernüchtert ins Feld ausrückt, um dort alle

Illusionen über Ehre, Vaterland und Nation zu verlieren. Auf Urlaub von der Westfront in der Heimat, erkennt der eine der Jungen den ganzen Schwindel der „Durchhaltepolitik“, die auf dem Rücken der Proletarier ausgefochten wird. Wieder im Schützengraben, ersticht er im Nahkampf einen Franzosen; er kommt zu den Kameraden zurück, und sein Bericht über dies Erlebnis wird zu einer erschütternden Anklage gegen den Krieg.

Ganz still ist es im Saal geworden bei dieser letzten Szene. Alle sind im Bann des gräßlichen Geschehens: Krieg. „So etwas darf nie wieder geschehen!“

Mit diesem Schrei, der ein Gelöbnis ist, schließt das Spiel. In ihrer Rede schloß Maria Hodann daran an mit der Frage: Wie weit sind wir heute gekommen mit der Sicherung des Friedens, den die Jugend im Weltkrieg — und nicht nur sie — ersehnte?

Von neuem startt die Welt in Waffen. Völkerbund und Abrüstungskonferenz haben versagt. Die Wirtschaftskrise, für die der Kapitalismus keine Lösung findet, drängt die heutigen Machthaber zu gewaltsamen Auswegen. Die Welle des Nationalismus ist zu ungeahnten Ausmaßen angeschwollen. In Italien wird die gesamte Jugend militaristisch gedrillt nach dem Wort Mussolinis:

„Liebet das Gewehr, betet das Maschinengewehr an, und in der Tonleiter der Gefühle vergesst den Dolch nicht!“

Aehnliche „Ideale“ verfolgen wohl auch Schleicher, „Stahlhelm“ und Nazis in Deutschland bei der „Ertüchtigung“ der Jugend. Nur die geschlossen handelnde Arbeiterschaft kann sie daran hindern. Darum ist die

Arbeit für eine ehrliche Einheitsfront bitter nötig, auch zum Kampf gegen den Krieg. „Schafft Einheit!“

Die zahlreich anwesenden kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen nahmen diesen Ruf mit Beifall auf, und mit dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Brüning plaudert über den Weg des Zentrums. Er geht scharf nach rechts.

W. F. Nachdem der Parteichef des Zentrums in Münster über die Politik des Zentrums Richtlinien für den Wahlkampf bekanntgegeben hat, hörten wir am Mittwoch in Köln einige interessante Erläuterungen hierzu aus dem Munde des ehemaligen Reichskanzlers Brüning.

Brüning sprach in einer großen Kundgebung der Kölner Zentrumspartei, frei, ohne vom Blatt abzulesen. Das hatte den Vorteil, daß man manches zu hören bekam, was sonst aus Vorsicht wohl ungesagt bliebe.

Prinzipiell erklärte er sich mit allen Maßnahmen der Papen-Regierung einverstanden: „Man kann mit Steuererhöhungen, mit künstlichem Optimismus, mit Kontingentierungen mit Lohndruck und all den bekannten Maßnahmen die Wirtschaft beleben. Auch wir sind für Verfassungs-umbau.“ Nur in der Form sei die Papen-Regierung auf dem Holzwege. Brüning ist mehr für ruhige, vorsichtig abtastende Politik, nicht für das Draufgängertum der Herrenklubleute.

„Man darf die Bevölkerung nicht reizen, das ist für mich der entscheidende Gesichtspunkt.“

Diese heimtückische Ansicht ist für uns der entscheidende Gesichtspunkt. Daß Brüning der Bevölkerung schier unerträgliche Lasten auferlegt hat, ist allen bekannt, die sich an Brüning's Notverordnungen erinnern können. Nur nicht reizen!!

Luther abermals gegen die Autarkisten.

Rpt. Auf einer Rede im Ueberseeklub in Hamburg sprach der Reichsbankpräsident Dr. Luther unter anderem ausführlich über die Frage der Autarkie und der Kontingente. Wenn er auch nicht ausdrücklich die gegenwärtig vom Reichsernährungsministerium bestimmte Handelspolitik der Reichsregierung angriff, so enthält seine Rede doch ein deutliches Urteil über diese Politik, das auch dadurch nicht falsch wird, daß Luther sein Urteil in nationales Gewand kleidet. Er sagte:

„Soll Vertrauen in der Wirtschaft wieder erzeugt werden, so müssen alle Kräfte darauf gerichtet werden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder zur freien Geltung zu bringen. Für das Verhalten des Staates aber kommt es entscheidend darauf an, in welchem Geiste der Staat seine Einflußnahme auf die Wirtschaft ausübt, ob es der Geist des Reglementierens oder ob es der Geist des grundsätzlichen Willens wirtschaftlicher Freiheit ist.“

Das immer tiefer gewordene nationale Wollen umschließt den Wunsch, sich von dem Ausland zunächst einmal wirtschaftlich unabhängig zu machen. Aber diesen

Zustand wirtschaftlicher Absonderung von uns aus wollen, das können und dürfen wir nicht. Das Elend, das über Deutschland kommen würde, wäre zu groß.

Zur Frage der Autarkie habe ich schon oft in der Öffentlichkeit Stellung genommen. Nun ist Deutschland durch die Krise in eine Lage gekommen, die die Regierung zu der Prüfung bringen mußte, auf welchem Wege handelspolitisch weiter verfahren werden soll. Es muß stets mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Gesamtlage durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden ist (?)

Das kürzlich die Tatsache eines Schreibens der Reichsbank an die Reichsregierung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Kontingentbesprechungen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen ist, hat mit der grundsätzlichen Einstellung zur Frage der Kontingente oder Autarkie nichts zu tun. Ich lehne es, ebenso wie der Herr Reichskanzler, ab, über ein solches inneres Schreiben Auskunft zu geben.

Grundsätzlich wiederhole ich, was ich stets gesagt habe: Vor wie nach dem Kriege hat ein großer Teil unserer Bevölkerung Beschäftigung und Brot durch den Export gehabt. Die besondere Befähigung unserer industriellen Arbeiterschaft besteht in der Herstellung von Qualitätswaren, für die

Vernebelung von Zeltstädten und Vernebelung von Gehirnen.

3000 Bomben über Magdeburg.

Unter diesen Parolen fand kürzlich im „Reichsbanner“-Stadion „Neue Welt“ in Magdeburg ein Riesen-Feuerwerk statt. Zur Materialbeschaffung waren neun Lastzüge erforderlich und zum Aufbau 32 Monteure. Eintritt: 40 und 20 Pfennig. Kartenverkauf durch Parteisekretariat und Buchhandlung der SPD, Arbeitersportkartell, „Reichsbanner“, Konsum-Verein und sämtliche Betriebsräte in größeren Betrieben. (Aus der Propaganda in der sozialdemokratischen „Volksstimme“.)

Bomben! Keiner der Propagandisten für diese Veranstaltung ist anscheinend auf den Gedanken gekommen, daß er durch eine solche Werbung der Entfesselung nationalistischer und militaristischer Instinkte Vorschub leistet. Im übrigen gibt es heute für Arbeitergrochen eine nützlichere Verwendung als die Finanzierung von Riesen-Feuerwerken. Bedauerlich ist, daß auch Betriebsräte dafür Karten verkauft haben.

Herbstmanöver der Reichswehr.

Der Bericht der „Volksstimme“ umfaßt nahezu zwei Spalten. Kein ernsthaftes Wort über die Gefährlichkeit solcher Kriegsspieler; kein Wort über die so verschwendeten Steuergroschen der Arbeiterschaft. Die „Volksstimme“ beginnt sogar zu schwärmen von dem „gepflegt farbigen Bild beim Stab und anderen bunten Manöverbildern“ und von den „großen Tagen in und um Freiberg“.

Vor einigen Tagen bezeichneten wir die Leute um Papen als Wölfe ohne, die Zentrumsleute dagegen als Wölfe mit Schafspelz. Wer die Rede Brüning's aufmerksam anhörte, konnte die Richtigkeit dieser Behauptung ohne Schwierigkeit erkennen.

Ein etwas rauher Ton.

Hitler an Papen.

Hitler hat in einem offenen Brief an Papen auf dessen Münchener Rede geantwortet. Der Brief umfaßt vier große Seiten des „Völkischen Beobachters“ und soll in einer 10-Millionen-Auflage erschienen sein.

Man kann nicht behaupten, daß der Ton Adolfs — so nannte Papen ihn, während er mit Bracht und anderen bei der „Stahlhelm“-Parade plauderte — für Papen schmeichelhaft wäre. An die Adresse Papens finden wir in dem Brief folgende Ausdrücke: „die ganze gedankliche Oberflächlichkeit unserer alten Herrschaft“; „Gott schuf nicht vernünftige Wesen, damit unvernünftige führen und beschränkte regieren“; „die Ziel- und Planlosigkeit schreie zum Himmel“; „mit Phrasen und Redensarten um sich schleudern“; „geistlose Demonstrationenpolitik“; „mangelnde staatsmännische Qualität kann nicht durch Berufung auf übernatürliche Herkunft ausgeglichen werden“; „daß Sie ... uns ... als ‚Feinde des Volkes‘ hinstellen, ist so unnatürlich, daß

uns nur die legale Befolgung der Gesetze verhindert, Ihnen darauf die nötige Antwort zu geben.“

Koburg, den 16. Oktober.

So ist der Brief datiert. Hitler konnte nämlich in dieser Stadt, die als erste ihn zum Ehrenbürger gemacht hat, nicht fehlen, als von dem Nazi-Bürgermeister eine Koburgische Prinzessin dem schwedischen Kronprinzen angetraut wurde. SA und „Stahlhelm“ begruben für diese erhebenden Tage allen Zank und brachten dem frisch verehelichten Paar gemeinsam einen Fackelzug dar.

Wasser- und Gasübung der Arbeiter-Samariter.

Aus einem Inserat der „Volksstimme“: Große Gasübung auf dem Sportplatz des Stadions (des „Reichsbanners“!). Durch Gegner entsteht durch Werfen von Gasbomben eine Vernebelung der Zeltstadt. Mit Gasmasken ausgerüstete Arbeiter-Samariter nehmen die Rettung der eingenebelten Bewohner der Zeltstadt vor.

Aus dem Bericht der „Volksstimme“: „Die Übungen sind zur größten Zufriedenheit aller Beteiligten ausgefallen. Polizei- und Feuerwehr-Offiziere bekundeten durch ihren Besuch das Interesse der Behörden.“

Die Reichswehr hatte sich wegen ihrer Teilnahme an der Wiederkehrfeier der Schlacht bei Roßbach entschuldigen lassen. Wir sind der Meinung, daß die Reichswehr sich auch den Gegenwartsaufgaben der deutschen Bevölkerung aller Kreise widmen muß, und nicht nur die Tradition pflegen sollte.“

Der Leitung des Arbeiter-Samariter-Bundes wünschen wir mehr Verständnis für das Ziel des Sozialismus. Wenn heute weite Kreise des Bürgertums einschließlich der Behörden Luftschutz-Übung treiben, so wundert uns das nicht. Wenn aber Arbeiter den Rummel mitmachen, so sind sie auch mitschuldig an der geistigen Vernebelung der Arbeiterschaft.

Der „Volksstimme“ merkt man die Verstimmung darüber an, daß die Reichswehr nicht erschienen ist, die man offenbar eingeladen hatte. Man denke: das alles trotz des 20. Juli.

Mancher lernt's nie!

Paul Gerisch.

Vom „politischen“ Kampfplatz. Nazischützen „entkommen unerkannt“.

Zwischen Potsdam und Eiche am „Drachenhäuschen“ wurde ein Mitglied des „Reichsbanners“, Beng, auf dem Wege zu einer Versammlung von zwei uniformierten Nazis überfallen und durch einen Schuß im Gesicht erheblich verletzt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

In Charlottenburg erhielt ein Kommunist eine Kopfverletzung bei einem Zusammenstoß zwischen NS und Kommunisten. Auch hier ist der Täter unerkannt entkommen.

In Spandau kam es in der Neudorfer Straße am Donnerstagabend zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Nazi wurde am Kopf verletzt. Zwei Kommunisten und zwei Nationalsozialisten wurden verhaftet. Später wurde noch ein bewußtloser Arbeiter, Plich-Koweki, mit einer stark blutenden Kopfverletzung von Passanten gefunden. Wahrscheinlich handelt es sich auch hier um ein Opfer dieses Zusammenstoßes.

Mordlüge des „Völkischen Beobachters“.

Das „Reichsbanner“ stellt zu der in großer Aufmachung im „Völkischen Beobachter“ gebrachten Mitteilung, der SA-Mann K i n d l e r in Leipzig sei von Angehörigen des „Reichsbanners“ ermordet worden, fest, daß kein Mitglied dieser Organisation an der Tat beteiligt war und auch kein „Reichsbanner“-Mann verhaftet wurde.

Was hätte ein Kommunist bekommen?

Das Stolper Schnellgericht verurteilte den nationalsozialistischen Abgeordneten mit dem deutschen Namen Czirn i o k, der in der Versammlung der Deutschnationalen eine Flasche nach dem Vorstandstisch geworfen und dadurch eine Person verletzt hatte, zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung.

Nach der Notverordnung vom 9. August wäre eine Zuchthausstrafe fällig gewesen. Der Verurteilte wurde sofort aus der Haft entlassen.

Die Wiener Universität wieder geschlossen.

Gleich am ersten Tag, an dem die Wiener Universität wieder geöffnet war — sie war wegen Nazi-Krawallen einige Tage geschlossen —, kam es von neuem zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und jüdischen Studenten. Acht Studenten wurden verletzt; die Hochschule ist wieder geschlossen.

Klagges und das „Rollsystem“.

W. P. Braunschweig, 21. Oktober.

Die Braunschweigische Regierung hat Ausführungsbestimmungen zum Beamtenbesoldungsgesetz herausgegeben. Danach sollen die Zahlungstermine für die Gehälter der Beamten, Lehrer, Staatsangestellten und Ruhegehaltsempfänger in jedem Monat um drei Tage hinausgeschoben werden. Die beiden Raten des Novembergehaltes z. B. sollen am 3. und 17. November gezahlt werden.

Das bedeutet in kurzem Deutsch: im Verlauf von 11 Monaten soll ein Monatsgehalt eingespart werden, oder die Gehälter werden um fast 10 Prozent gekürzt.

Gummknüppel und Gefängnis gegen Hunger.

Im Juli dieses Jahres hatten in Weimar Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen stattgefunden. Mehrere hundert Erwerbslose, darunter viele Frauen und Jungarbeiter, waren, als ihnen auf Veranlassung des Oberbürgermeisters die Unterstützungssätze gekürzt wurden, in das Wohlfahrtsamt eingedrungen und hatten die Beamten bedroht. Unter den Rufen „Wir haben Hunger“ war die Menge zum Rathaus und von da zur Wohnung des Oberbürgermeisters gezogen. Der Oberbürgermeister war tödlich angegriffen und verletzt worden. Die Polizei ging mit dem Gummknüppel rücksichtslos gegen die Demonstranten vor.

Einige der Teilnehmer sind schon früher vom Schnellrichter verurteilt worden. 22 weitere Angeklagte standen jetzt wegen Landfriedensbruchs, Gewalttätigkeiten und Nötigung von Beamten vor der Großen Strafkammer. Drei Angeklagte wurden zu je einem Jahr Gefängnis, sechs Angeklagte zu je sechs Monaten und ein Angeklagter zu neun Monaten Gefängnis wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs verurteilt, zwölf Angeklagte wurden freigesprochen.

Eine Steuer wird abgebaut

Im Vaterland der Subventionen / Warum?

Das Reichsfinanzministerium hat den Ländern eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer um 50 Prozent vorgeschlagen. Reich und Länder sollen sich nach diesem Vorschlag in den Ausfall teilen; er würde für die Länder angeblich, auf Jahr gerechnet, 13 Millionen Mark betragen. Das Reich hofft, daß der Ausfall nicht so hoch sein wird, weil bei Herabsetzung des Steuersatzes mehr Autos während des Winters in Betrieb bleiben werden. Die Länderregierungen glauben nicht recht an diesen Erfolg und wollen daher anscheinend in Anbetracht ihrer Finanzlage die Senkung nicht riskieren.

Die Interessenten weisen darauf hin, daß der Freistaat Danzig mit einer Herabsetzung der Steuer auf Kraftfahrzeuge gute Erfahrungen gemacht hat. Dort war der Bestand an versteuerten Kraftfahrzeugen vom 1. Oktober 1931 bis zum 1. April 1932 auf fast die Hälfte gesunken. Die Regierung senkte daraufhin die Pauschalsteuer für Kraftfahrzeuge am 1. Mai auf die Hälfte, mit dem Erfolg, daß der Bestand an versteuerten Kraftwagen sehr rasch stieg (von 2650 im April auf 4100 am 1. Juli). Am 1. Oktober dieses Jahres war der Bestand mit 4400 Wagen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, trotz der inzwischen eingetretenen Konjunkturverschlechterung. Die Zunahme des Bestandes in Danzig wird also wohl mit Recht vor allem auf die Ermäßigung der Pauschalsteuer zurückgeführt.

Doch zurück zu Deutschland: Es ist völlig richtig, daß die derzeitige Belastung des Autofahrens durch Zölle, Steuern und Kartellpreise nahezu untragbar ist. Die Schätzung, daß infolgedessen während des Winters ein Drittel des Kraftwagenbestandes stillgelegt wird, ist kaum zu hoch gegriffen. Aber: Warum soll nun gerade die Kraftfahrzeugsteuer abgebaut werden? Wir erinnern: Es handelt sich um Deutschland, das Vaterland der Subventionen! Man kann jene Frage also mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit richtig beantworten, ohne die Tatsachen genau zu besehen. Wir wollen das hier doch tun!

Draußen 6, drinnen 36 Pfennig!

Benzin kostet im Hamburger Freihafen rund 6 Pfennig pro Liter. Nach der vierten Preiserhöhung innerhalb eines Monats kostet Benzin zur Zeit in Hamburg 36 Pfennig, in Groß-Berlin 37 Pfennig, also rund das Sechsfache.

Kartellwucher? Sollen die Interessenten sich also mit einer Beschwerde über den zu hohen Kartellpreis an das Reichswirtschaftsministerium wenden, von dem wohl manche gehört haben, es sei zuständig in Kartellfragen? Da kämen sie an die richtige Adresse! Dieses Ministerium ist nämlich in der Tat zuständig für Kartellfragen. Vor wenigen Wochen erst ist die Kartellierung der deutschen Benzinfirmen auf den Wunsch und unter dem Druck der Regierung erfolgt. Das Reichswirtschaftsministerium hätte zwangsweise eingegriffen, wenn die Firmen sich nicht „freiwillig“ verständigt hätten!

Wir wiederholen kurz die Vorgeschichte: Im Juli 1930 wurde der Zoll für den Doppelzentner Benzin von 7,74 Mark auf 12,90 Mark erhöht und ein gleich hoher Benzolzoll neu eingeführt. Die Regierung behauptete, die Zollerhöhung werde nur aus Finanzgründen vorgenommen; sie führte jedoch zur Belastung der inländischen Produzenten, deren Zollschutz um 5,16 Mark stieg, nur eine sogenannte „Ausgleichsabgabe“ von 3,80 Mark pro Doppelzentner ein. Die Zollerhöhung sollte also offenbar nicht nur der Beschaffung von Einnahmen für den Staat dienen. Daß sie vor allem der Beschaffung von Profiten für die deutschen Benzinproduzenten dienen sollte, zeigte sich noch deutlicher im Juni 1931: Damals wurde der Zoll von 12,90 auf 21,93 Mark erhöht, ohne daß die Ausgleichsabgabe überhaupt erhöht wurde. Die inländische Ausgleichsabgabe wurde überdies der I.-G.-Farben-Industrie bis auf eine reine Anerkennungsgeld für 10 Pfennig überhaupt erlassen, ab Juni 1932 auch anderen inländischen Treibstoffherstellern.

Die Kraftfahrer werden bekanntlich ferner dazu herangezogen, die Großagrarien durch die Krise zu „fahnen“. Nach und nach wurde ihnen die Beimischung von 10 Prozent Kartoffelspiritus zum Benzin notverordnet, was zu einer Verteuerung und zu einer Verschlechterung des Treibstoffes führte.

Lediglich weil der Weltmarktpreis während der letztvergangenen Jahre fiel, kam es den Konsumenten nicht deutlich zum Bewußtsein, daß sie — wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt — gezwungen waren „zu einer

außerordentlich hohen und ständig wachsenden Subvention an die Landwirtschaft und an kleine Teile der Industrie“.

Die „Frankfurter Zeitung“ errechnet eine Belastung des Konsums durch den Zoll von jährlich 300 Millionen Mark; 80 Millionen davon seien eine reine Subvention an die inländischen Benzin- und Benzolproduzenten.

Neuerdings wurde nun die Ausgleichsabgabe von 10 Pfennig auf den Riesenbetrag von 1,— Mark pro Doppelzentner erhöht. Das bedeutet nach Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ eine Verminderung der Subvention um weniger als 4 Millionen Mark. Gleichzeitig konnten die inländischen Produzenten infolge der Kartellpreiserhöhungen einen jährlichen Mehrerwerb von mindestens 35 Millionen Mark buchen. Ihre Subventionierung macht also demnach zur Zeit, auf Jahr gerechnet, 110 Millionen Mark aus.

Das Ablenkungsmanöver.

Von der genauen Betrachtung dieser Belastung sollen die Autobesitzer und -benutzer dadurch abgehalten werden, daß die Kraftfahrzeugsteuer gesenkt wird. Das ist bereits der Sinn all des Geredes und all der Resolutionen über die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Belastung der Benzinverbraucher zu Gunsten der Großagrarien und der deutschen Benzin- und Benzol-

produzenten soll bleiben. Der Verbraucher soll entlastet werden zu Lasten der Staatskasse, also letzten Endes: zu seinen eigenen Lasten!

Die Herabsetzung der Kraftfahrzeugsteuer wäre übrigens für Reich und Länder leicht tragbar, wenn gleichzeitig die Ausgleichsabgabe so erhöht würde, daß sie wenigstens etwas mehr als bisher einen Ausgleich gegenüber der Zollbelastung des eingeführten Benzins und Benzols darstellt. Daß dieser Weg beschritten wird, ist sehr unwahrscheinlich. Das Reich ist in der Vergabung von Subventionen nach allen Seiten ja sehr großzügig. Es will sich offenbar — zur Anpassung an die Armut der Nation — auf Jahre hinaus im voraus radikal arm machen! Bei diesem allgemeinen Subventionssegen wird das Reich es kaum riskieren, nun ausgerechnet der I.-G.-Farben-Industrie und den schwerindustriellen Benzolproduzenten gegenüber „nein“ zu sagen.

Wenn also demnächst in Deutschland der Abbau der Kraftfahrzeugsteuer vorgenommen wird, so wissen wir, warum das geschieht! Rpt.

Verbrauchssteuern in Deutschland und Großbritannien.

An Hand von Angaben des Statistischen Amtes (in „Wirtschaft und Statistik“, Nr. 19) sei hier der Versuch gemacht, die Belastung der deutschen und der großbritannischen Bevölkerung durch Verbrauchssteuern und Finanzzölle auf Branntwein, Bier, Wein, Tabak, Zucker, Kaffee, Tee und Kakaobohnen zu vergleichen.

Die Verbrauchssteuern und Finanzzölle auf diese Produkte spielen innerhalb des gesamten Steuer- und Zollsystems beider Länder eine erhebliche Rolle. Sie bringen in Großbritannien ein Viertel, in Deutschland ein Sechstel bis ein Siebtel des gesamten Steuer- und Zollertrages. Bei der Vergleichung der Belastung der Bevölkerungen beider Länder darf aber nicht übersehen werden, daß in Großbritannien die wichtigsten Nahrungsmittel nicht oder fast nicht mit Zöllen belastet sind, während in Deutschland der Brotkonsum bekanntlich außerordentlich stark zu Gunsten der Staatskasse und vor allem der Großagrarien verteuert ist. Ferner darf man nicht vergessen, daß es in Deutschland eine allgemeine Umsatzsteuer in Höhe von 2 Prozent gibt und daß in Deutschland die Freigrenze für die Einkommenbesteuerung sehr viel niedriger liegt als in Großbritannien, daß dort also die Besteuerung der nachstehend aufgeführten Produkte weitgehend die Rolle der Besteuerung der niedrigen Einkommen übernimmt.

Einen ungefähren Ueberblick gebe zunächst die folgende Tabelle:

	Deutschland		Großbritannien	
	Konsum je Kopf in Liter oder Kilogramm	Finanzbelastung je Kopf in Mark	Konsum je Kopf in Liter oder Kilogramm	Finanzbelastung je Kopf in Mark
Branntwein . . .	0,74	3,20	0,66	19,58
Bier	73,29	8,91	69,82	33,99
Wein	3,68	0,44	1,32	1,87
Tabak	1,90	17,80	1,53	28,55
Zucker	24,25	2,56	41,87	6,40
Kaffee	2,20	3,52	0,37	0,10
Tee	0,08	0,28	3,99	2,57
Kakaobohnen . . .	1,18	0,41	1,20	0,29
		37,12		93,35

Die Angaben beziehen sich im allgemeinen auf das Finanzjahr 1930/31, jedoch für Tee in Großbritannien auf das Finanzjahr 1928/29 (neuere Angaben sind nicht verfügbar).

Erlaubt ist im allgemeinen nur der versteuerte und verzollte Verbrauch. Da in Deutschland seit 1926/27 der inländische stille Traubenwein nicht mehr versteuert wird, ist für das Jahr 1930/31 die Angabe für den versteuerten und verzollten Verbrauch (Schaumwein und ausländischer stiller Traubenwein) durch Angaben aus dem Jahr 1925 ergänzt worden.

Der Branntwein-Konsum pro Kopf der Bevölkerung ist in Deutschland neuerdings stark gesunken. Er betrug im Jahr 1928/29 noch 1,44 Liter jährlich und war damals fast doppelt so hoch als in Großbritannien. 1930/31 war der Konsum je Kopf in beiden Ländern fast gleich groß. Die Steuerbelastung in Großbritannien war jedoch pro Kopf mehr als sechs Mal so groß.

Der Bier-Konsum ist in Deutschland und Großbritannien pro Kopf fast gleich groß. Auch nach der starken Anspannung der Steuersätze in Deutschland ist der auf den Hektoliter entfallende Steuerbetrag in Großbritannien immer noch vier Mal so groß als in Deutschland.

Wein: In Deutschland wird seit einigen Jahren nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Weinkonsums versteuert oder verzollt, nämlich im Jahre 1930/31 nur 0,95 Liter pro Kopf bei einem Gesamtkonsum von 3,68 Litern. Die Finanzbelastung pro Kopf ist auch bei Wein in Großbritannien wesentlich größer als in Deutschland.

Der Tabak-Konsum ist in Deutschland pro Kopf größer als in Großbritannien. Die steuerliche Belastung ist jedoch wesentlich geringer, obwohl sie seit 1925/26 von 10,66 Mark auf 17,80 Mark gestiegen ist. Das ist immer noch nur etwa 62 Prozent der englischen Belastung pro Kopf.

Bei allen bisher genannten Produkten ist in Deutschland also offenbar noch eine erhebliche Steuerreserve vorhanden. Durch ihre Inangriffnahme könnte eine Senkung der Zolleinnahmen aus Getreide und eine Senkung der Lohnsteuer in erheblichem Umfang ausgeglichen werden.

Der Zucker ist in Deutschland zu Gunsten der Finanzkasse weniger belastet als in Großbritannien; trotzdem ist der Zuckerverbrauch in England pro Kopf fast doppelt so hoch. — Bei einer Erhöhung der Kaufkraft der Massen und bei einer Senkung des Zuckerpreises läßt sich also der Zuckerkonsum in Deutschland sicherlich noch erheblich steigern.

Den Kaffee- und Tee-Konsum kann man einzeln in beiden Ländern kaum vergleichen, da in Großbritannien der Tee, in Deutschlands der Kaffee, wie unsere Tabelle zeigt,

„Finanzierungs“-Methoden.

Neue Spezialfirma zur Beschaffung von Unterschriften.

Zur „Arbeitsbeschaffung“ will die Reichsbahn 180 Millionen Mark Steuergutscheine verwenden, die sie zwischen dem 1. Oktober 1932 und dem 1. Oktober 1933 — wenn der Verkehr nicht inzwischen stark schrumpft! — erhält. Außerdem will sie für 100 Millionen Mark eigenen Kredit „anspannen“.

Wie sieht das aus? Anfang Oktober hat die Reichsbahn eine besondere „Reichsbahn-Beschaffungs-G.m.b.H.“ gegründet. Der Plan ist folgender: Die Lieferanten stellen Wechsel aus auf diese neue Gesellschaft. Diese akzeptiert die Wechsel. Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank (die Bank der Reichsbahn) diskontiert sie. So kommen die notwendigen Unterschriften unter den Wechseln zusammen! Die Lieferanten müssen sich verpflichten, bei Fälligkeit der Wechsel so lange immer wieder neue Wechsel auszustellen, bis die Steuerscheine flüssig gemacht worden sind (die die Reichsbahn übrigens noch gar nicht hat!).

Woher bekommen die Lieferanten der Reichsbahn, die neugegründete Reichsbahn-Beschaffungs-G.m.b.H., die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank (Geld)? Von der Reichsbank, die sich bereit erklärt hat, jene Reichsbahn-Wechsel zu diskontieren! Die Reichsbahn-Beschaffungs-G.m.b.H. dient wohl in erster Linie zur Beschaffung von — Wechselunterschriften.

eine überragende Rolle spielt. Insgesamt ist die Finanzbelastung pro Kopf in Deutschland etwas größer als in Großbritannien. Das Gleiche gilt für Kakaobohnen, für die die Verbrauchsziffern in beiden Ländern ungefähr gleich sind. Doch macht die Finanzbelastung bei diesen drei Produkten verglichen mit der der alkoholischen Getränke und des Tabaks nicht viel aus.

Insgesamt ergibt sich: Die Finanzbelastung der hier behandelten Produkte ist in Großbritannien etwa zweieinhalb Mal so groß wie in Deutschland.

Ohne hier in Einzelheiten einzudringen, können wir wohl sagen, daß die höhere Finanzbelastung der erwähnten Produkte — abgesehen vom Zucker — der in Deutschland üblichen Belastung der Brotkonsumenten weit vorzuziehen ist! H. H.

DEUTSCHLAND

Bestand an Kraftfahrzeugen nimmt erstmalig zu: Am 1. Juli 1932 befanden sich laut „Wirtschaft und Statistik“ im Verkehr:

	gegenüber dem Vorjahr
497 000 Personenautos	+ 4,9%
152 000 Lastautos	+ 5,4%
386 000 Krafträder	+ 7,7%
434 000 Kleinkrafträder	+ 15,8%

I.-G.-Farben-Industrie meldet, gewisse Anzeichen für „Berlebung“: Der Verkauf von Stickstoffdüngemitteln im dritten Vierteljahr um 10 Prozent größer als im Vorjahr. (Eine Folge der bekannten Reichsbürgschaften zur Sicherung der Düngemittelversorgung, die wir von vornherein als eine Subvention an Großgrundbesitzer und Düngemittelhersteller bezeichnet hatten.) Auch der Absatz photographischer Artikel in Deutschland lag im dritten Vierteljahr über dem Vorjahrsabsatz. Als Grund dafür wird die günstige Witterung angegeben, für die allerdings wohl Herr v. d. P. nicht gut verantwortlich gemacht werden kann.

Konkurrenz nimmt ab: Im September wurden je Arbeitstag nur 18 Konkurse und 12 Vergleichsverfahren eröffnet; im September 1931 waren es 52 Konkurse und 29 Vergleichsverfahren. — Das Institut für Konjunkturforschung hatte noch im Sommer den Rückgang der bekannt gewordenen Zahlungseinstellungen als „Oberflächenercheinung“ gekennzeichnet, entstanden durch mehr oder weniger freiwillige Nachsicht der Gläubiger, Stützungsmaßnahmen des Staates u. s. w. Es meint jetzt, seit einigen Monaten scheine auch eine „echte“ Besserung der Kreditsicherheit vorzuliegen.

DÄN MARK

Ausfuhrüberschuß im September 23 Millionen Kronen. (1 Krone = rund 75 Pfennig.)

Umlagerung der Einfuhr von Deutschland nach England: Im September wurden aus Deutschland für 24 Millionen Kronen Waren eingeführt (im Vorjahr: für 47 Millionen Kronen). Aus England wurden im September für 20 Millionen Kronen Waren eingeführt (im Vorjahr: für 17 Millionen Kronen). — Wenn man die ersten neun Monate des Jahres zusammenfaßt, so ergibt sich: Von 1931 auf 1932 ist die Einfuhr aus Deutschland von 365 auf 226 Millionen Kronen zurückgegangen, die Einfuhr aus England von 100 auf 178 Millionen Kronen gestiegen. — Alles in allem der „neuen“ deutschen Handelspolitik!

USA

Hoher Ausfuhrüberschuß im Gläubigerland: Im September betrug der Ausfuhrüberschuß 24 Millionen Dollar; im September des Vorjahres waren es nur 10 Millionen Dollar. — Wie denken sich die Amerikaner eigentlich bei dieser Handelsbilanz das Einkassieren ihrer Forderungen?

ESTLAND

Einfuhr nur noch auf estländischen Schiffen! Die Notenbank hat den Importeuren vorgeschrieben, für die Beförderung ausländischer Waren nach Estland künftig nur noch Schiffe zu benutzen, die unter estländischer Flagge fahren. Demnächst werden die ersten Zuckersendungen aus dem Ausland an Bord estländischer Schiffe erwartet. — Der Merkantilismus des 17. und 18. Jahrhunderts lebt wirklich vollständig wieder auf. Das Vorbild der estländischen Maßnahme ist offenbar die englische Schiffsakte von 1651!

FINLAND

So Ihr nicht werdet wie die Kindlein . . . ! Die finnische Spulenfabrik Tornator hat neuerdings 400 Arbeiter eingestellt, um die Riesen-Nachfrage nach Jo-Jo-Spielen zu befriedigen. — Nach all den Torheiten der Staatsmänner scheint es fast, als ob hier ein Bibelwort — wenig verändert — Geltung hätte: So Ihr nicht werdet wie die Kindlein, tritt eine Belebung der Konjunktur nicht ein.